

KAPERBRIEF

Zeitung gegen Biopiraterie



Biodiversität in Afrika

Kampagne gegen Biopiraterie im Gespräch mit Mariam Mayet...

... auf Seite 2

License for Biopiracy?

Staatliche ForscherInnen fordern Privilegien für ihre Bioprospektion...

... auf Seite 2

Naturschutz und Menschenrechte

Die Kehrseite der Einrichtung von Schutzgebieten...

... auf Seite 3

Afrika im Schlussverkauf

Neue Verträge - fortwährende Ausbeutung...

... auf Seite 4

Naturschutz als Tarnung

Umweltzerstörung, Biopiraterie und viel geduldiges Papier

„Eine Natur! Eine Welt! Unsere Zukunft!“ tönt es aus dem Umweltministerium. Die deutsche Regierung richtet vom 19. bis 30. Mai 2008 in Bonn eine Konferenz aus, die sie als „UN-Naturschutzkonferenz“ bezeichnet. Das verrät wenig von den wirklichen Themen.

Es handelt sich um die 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD), die 1992 auf dem Weltgipfel von Rio de Janeiro verabschiedet wurde. Die TeilnehmerInnen werden über Zugangs- und Nutzungsfragen an biologischer Vielfalt und genetischen Ressourcen verhandeln, es geht dabei um landwirtschaftliche biologische Vielfalt, um die Vielfalt in Hochsee- und Küstengewässern, um Agrotreibstoffe und Naturschutzgebiete, um Wälder – und nicht zuletzt um die Rechte indigener Völker und Gemeinschaften.

Konflikte vorgezeichnet

Die OECD-Industriestaaten werden versuchen, „ihren“ multinationalen Pharma-, Saatgut- und Lebenskonzernen möglichst gute Wirtschaftsbedingungen zu sichern. Die Länder mit besonders hoher biologischer Vielfalt versprechen sich neue Einnahmequellen aus der Nutzung dieser Vielfalt auf ihrem Territorium - die Souveränität darüber wurde ihnen in der CBD zugesprochen. Allerdings sind die ursprünglichen Entdecker, Nutzer und Entwickler von pflanzlichen und anderen biologischen Wirkstoffen oft indigene Gemeinschaften der verschiedenen Erdteile. Sie aber müssen immer noch darum kämpfen, als Verhandlungspartner ernst genommen zu werden.

Was soll in Bonn passieren?

Verbindliche Regeln über das sog. Access-and-benefit-sharing (ABS), also den Zugriff auf biologische Vielfalt und die Aufteilung entstehender Vorteile, sollen bis 2010 verabschiedet werden, darüber wird in Bonn weiter diskutiert. Doch wer wird von den ABS-Regeln profitieren? Die LifeScienc-Konzerne, für die der Zugriff auf biologische Ressourcen zwar mit mehr bürokratischem Aufwand verbunden sein wird, die sich dafür aber als Wohltäter aufführen dürfen, weil sie von ihren Gewinnen Brosamen abgeben? Die Länder, die für die Gewährung des Zuganges zu den genetischen und biologischen Ressourcen auf ihren Territorien Gebühren einstreichen dürfen? Indigene Gemeinschaften, die eine, wenn auch kleine, Gewinnbeteiligung verbuchen können, aber dafür der Patentierung ihrer Ressourcen und ihres Wissens zustimmen müssen? Wie auch immer die Regeln gestaltet werden: Im Konfliktfall wird die Partei im Vorteil sein, die die besseren Anwälte bezahlen kann.

Entpolitisierung statt wirksames Handeln

Bemühen wollen sich die Vertragsstaaten in Bonn auch darum, den schnell voranschreitenden Verlust biologischer Vielfalt zu stoppen. Eine noble Idee, möchte man meinen. Um breite Kreise einzubeziehen, sind unter dem Label der Naturallianz vom Umweltministerium verschiedene Projekte gestartet worden. „We are a part of it“ singt die Kölner Karnevalsband „De Höhner“ im offiziellen Konferenzsong und verbreitet das Bild „alle wollen nur das Beste für die Welt“. Zwei Dutzend Prominente werben für die Naturallianz und die „UN-Naturschutzkonferenz“. Ein Programm *Business und Biodiversität* wurde auf EU-Ebene gestartet: Firmen wie BayerCropScience, Shell und Lufthansa sollen sich für den Schutz von biologischer Vielfalt engagieren.

Schon die Umbenennung der Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über biologische Vielfalt in „Naturschutzkonferenz“ zeigt den entpolitisierenden Charakter, verschleiert dieser Name doch die gegenwärtigen Kämpfe um Ressourcen. Viele Orte mit großem biologischem Reichtum sind in den letzten Jahren zunehmender Militarisierung ausgesetzt, wie z.B. der Süden von Mexiko, Kolumbien und das Kongobecken in Afrika, dieses kommt nicht zur Sprache. Die Konvention und die Konferenz in Bonn werden im öffentlichen Diskurs auf eines ihrer drei Ziele reduziert, den Naturschutz.

Lauter Naturfreunde?

Doch die Problembeschreibung

Wüstenapotheke in Gefahr

„Ich bin mit dem Wissen über die Heilkraft der Pelargonium-Pflanze aufgewachsen“ sagt Nomthumzi Sizani, Sprecherin einer Gruppe traditioneller HeilerInnen in Eastern Cape, Südafrika. „Wieso ist es möglich, dass drei Patente auf die Extrakte der Pflanze in den USA und Europa vergeben sind? Und wie kann der Patentinhaber, das deutsche Unternehmen ISO Arzneimittel behaupten, sie seien die ersten gewesen, die die Heilkraft dieser Pflanze entdeckt hätten?“

Die Pelargonium-Pflanze, in Südafrika auch als „umckaloabo“ und „kalwerbossie“ bekannt, ist verwandt mit der Geranie. Ihre Wurzeln werden seit Jahrhunderten von



Patentmonster in Aktion - hier zum EPA-Aktionstag am 27.9.2007:

Auch anlässlich der COP in Bonn soll das Patentmonster der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie wieder zum Einsatz kommen. Wir sehen uns in Bonn?

ist selbst ein Teil des Problems: Biologische Vielfalt geht nicht einfach auf unerklärliche Weise verloren, sondern Lebensräume für Pflanzen und Tiere werden fortwährend zerstört. Schuld ist beispielsweise die industrielle Landwirtschaft mit riesigen Agrarmaschinen, Pestiziden, chemischem Dünger und modernem, teilweise genetisch manipuliertem Saatgut. Auch die industrielle Forstwirtschaft, die Überfischung der Meere, die Rohstoffgewinnung, die Umwandlung von Urwald in Palmöl- und Zuckerrohrplantagen zur Agrotreibstoffgewinnung zerstören die biologische Vielfalt.

Die Einrichtung von Schutzgebieten, deren Ausweitung und Finanzierung sich die deutsche Regierung für die Bonner Konferenz auf die Fahne geschrieben hat, hilft nicht weiter: Die Ausweisung von „unberührten“ Naturschutzgebieten bietet ein Feigenblatt und Beruhigungsmittel für andernorts zugelassene und geförderte Umweltzerstörung

und geht in den allermeisten Fällen mit der Vertreibung oder Zwangsumsiedelung ortsansässiger Bevölkerung einher.

Widerstand tut not!

Der Schutz einzelner Arten ist dagegen kaum der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein – während das Feuer unter diesem heißen Stein nicht erwähnt, geschweige denn bekämpft wird. Die Zerstörung von Naturräumen, die Verwandlung von intakten Ökosystemen in Verwertungszonen gehören zum kapitalistischen Wirtschaften – und jeder Versuch, daran vorbeizublicken fördert die weitere Zerstörung. Naturschutz und Schutzgebiete sind die Tarnung, mit deren Hilfe die in Bonn vertretenen Regierungen die kapitalistische Inwertsetzung der Natur und die Enteignung des Wissens indigener Gemeinschaften, ihrer Ressourcen und ihrer Territorien diskutieren und abstimmen werden – kein Grund zum Jubel, sondern Anlass zum Protest.

Selbstbedienungsladen der Pharmaindustrie?

den Zulu und Xhosa im südlichen Afrika als Heilmittel gegen vielerlei Krankheiten genutzt.

Zu den drei Patenten von ISO Arzneimittel auf den Pelargonium-Wirkstoff kommt jetzt ein Antrag auf ein weiteres Patent als HIV/Aids-Medikament. Südafrikanische HeilerInnen kritisieren dies als Diebstahl von traditionellem Wissen und halten die Patenterteilung schlichtweg für illegal. Patente dürfen eigentlich nur für neue Erfindungen erteilt werden – und neu entwickelt hat ISO Arzneimittel nichts.

Während die arme Bevölkerung Südafrikas ihrer letzten Reichtümer beraubt wird, verdienen sich ausländische Firmen eine goldene Nase

daran. Die Patente können außerdem eigene südafrikanische Forschungen für ein HIV/Aids-Medikament mit diesem Wirkstoff behindern.

Auch dieser Fall ist komplexer, als es auf den ersten Blick erscheint: Das traditionelle Wissen über die heilenden Fähigkeiten der Wurzelextrakte machen sich ausländische Firmen schon länger zunutze. Seit mehr als 50 Jahren vermarkten deutsche Unternehmen ein Extrakt aus der Pelargoniumwurzel als Erkältungsmittel - in Europa unter dem Namen „Umckaloabo“, in den USA als „Umcka“. Mit 50 Mio Euro Jahresumsatz schlägt das allein bei ISO Arzneimittel zu Buche.

Fortsetzung auf Seite 3

We proudly present...

Bonn, 30. Mai 2008, 23.59 Uhr – Die Uhren werden angehalten, die Delegierten der Biodiversitäts-Konferenz erheben sich von ihren Plätzen, Blitzlichtgewitter, die Ministerinnen und Minister für Naturschutz aus aller Welt verkünden die bahnbrechenden Ergebnisse der Umweltkonferenz:

und
Dazu
und
!!!

Ja genau, wir erwarten kaum etwas von den Bonner Verhandlungen.

Doch zu den Themen dieser Konferenzen gibt es für uns sehr wohl einiges zu sagen: Während die Delegierten über eine Erweiterung der Schutzgebiete diskutieren, leiden Tausende unter den Folgen der bestehenden Naturschutzgebiete. Während WissenschaftlerInnen sich über bürokratische Zugangsregularien beschweren, schweigen sie zu Patenten auf Leben.

Während westliche Agrarkonzerne Vorteile erheischen, wird indigenen Bevölkerungen und KleinbäuerInnen der Tausch von Saatgut und der Zugang zu ihm erschwert.

Die wesentlichen Fortschritte für den Erhalt der Biodiversität sind nicht von Verhandlungen zu erwarten, sondern resultieren aus dem alltäglichen Widerstand gegen Konzernpolitik und dem Engagement für ein selbstbestimmtes Handeln und Wirtschaften.

Dafür möchte dieser Kaperbrief der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie Informationen und Denkanstöße liefern.

Wir freuen uns auch über Eure Unterstützung bei unseren Aktionen während der Konferenzen im Mai in Bonn. Viel Spaß beim Lesen wünscht

die Redaktion



Blätter der Pelargonium sidoides, aufgenommen im Chanticleer Garden in Wayne, US-PA

WissenschaftlerInnen auf die Barrikaden?

Stolpersteine und Begehrlichkeiten

Forschende an den Unis machen mobil: sie beklagen sich über die Behinderung der Naturwissenschaften und bürokratische Kontrolle - und fordern eine Bevorzugung öffentlicher gegenüber kommerzieller Forschung. Worum geht es?

Wer mit Pflanzen, Tieren oder Mikroorganismen in einzelnen Ländern arbeiten will, muss vor Forschungsbeginn eine Erlaubnis der nationalen Regierung und z.T. auch von den lokalen und indigenen Gemeinschaften einholen.

Seit 1992 die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) verabschiedet wurde, müssen die „Geber“ der biologischen Vielfalt und des dazugehörigen Wissens (meist sog. Entwicklungsländer) dem Anliegen der „Nutzer“ zugestimmt haben. Sie müssen einvernehmlich vereinbaren, was, wie und zu welchem Zweck erforscht wird. Solche Vereinbarungen zu treffen kann dauern – Wochen, Monate oder auch Jahre.

Theoretisch erkennen die ForscherInnen im öffentlichen Auftrag zwar die Rechte der „Geber“ der biologischen Vielfalt an, aber sie wollen nicht einsehen, warum für ihre Grundlagenforschung die gleichen Regeln gelten sollen wie für kommerzielle Forschung. Sie fordern eine Vorzugsbehandlung, sogenannte „fast track“-Regelungen beim *Access and Benefit Sharing* (ABS) für Grundlagenforschung. Erst wenn sich aufgrund der Forschungsergebnisse kommerzielle Nutzungen ergeben, sollten die getroffenen ABS-Vereinbarungen neu oder weiterverhandelt werden. So beschlosslen 93 VertreterInnen von Naturkundemuseen, Botanische Gärten und Zoos aus mehr als 35 Ländern im vergangenen Herbst in der sogenannten Buffon-Erklärung: „Wir fordern die Regierungen und die CBD auf, den Unterschied zwischen profit-orientierter Bioprospektion und wissenschaftsorientierter Forschung für das öffentliche Wohl zu erkennen und nicht kommerzielles Sammeln biologischer Vielfalt zu erleichtern.“

Vordergründig scheint eine Unterscheidung zwischen öffentlicher, gemeinnütziger Grundlagenforschung und privater kommerzieller Forschung

sinnvoll. Betrachtet man jedoch die biotechnologische Forschungslandschaft genauer, erkennt man, dass die öffentliche Forschung an Instituten und Universitäten über Drittmittel sehr stark mit den kommerziellen Interessen der Biotechkonzerne verflochten ist.

Auch das bisherige Verhalten der ForscherInnen spricht nicht für sie. Seit Jahrhunderten nutzen sie indigenes Wissen und lokale biologische Vielfalt. Doch das war ihnen meist nicht einmal eine Erwähnung in der Fußnote wert. So sammeln westliche ForscherInnen wissenschaftliche Meriten. Indigenen und lokalen Gemeinschaften werden dabei – häufig auch mit Hilfe öffentlicher Forschungseinrichtungen – Lebensgrundlagen entzogen. Ihr Wissen und ihre biologischen Ressourcen werden inwertgesetzt, patentiert und damit privatisiert. Deshalb lehnen es viele Indigene ab, Grundlagenforschung bevorzugt zu behandeln.

Die Zustimmungspflicht der Bereitsteller genetischer Ressourcen ist jedoch nicht das einzige Forschungshindernis. Heutzutage wird fast jedes biotechnologische Forschungsprojekt (egal ob öffentlich oder privat) durch Patente auf genetische Ressourcen eingeschränkt. Das führt zu komplizierten Verhandlungen mit den Patentinhabern. Wissenschaftlicher Austausch und Kooperationen werden durch das Patentrecht erschwert, wissenschaftliche Ergebnisse zurückgehalten, bis ihre Vermarktungschancen geprüft sind. Warum erheben WissenschaftlerInnen nicht deutlich ihre Stimme gegen die Patentierung biologischer und genetischer Ressourcen?

Denn das wirkliche Ende der Freiheit der Wissenschaften ist der Zwang, alle Forschung unter Kommerzialisierungsaspekten zu betrachten. Dagegen gilt es vorzugehen – nicht gegen die berechtigten Forderungen der Menschen des globalen Südens.

Über die Notwendigkeit der Kritik an industrieller Landwirtschaft

Vielfalt kommt von unten

Indigene und KleinbäuerInnen haben über die Jahrhunderte Tausende verschiedener Sorten von Nutzpflanzen und eine Vielzahl an Nutztierassen gezüchtet, sowie wildwachsende Nahrungs- und Heilpflanzen im wahrsten Sinne des Wortes „nachhaltig“ genutzt und erhalten.

Viele von ihnen leben mit großem Wissen um die Tier- und Pflanzenwelt in den sogenannten Hotspots (Orte mit hoher biologischer Vielfalt) wie den tropischen Regenwäldern. Die besondere Rolle indigener Gemeinschaften wird zwar in Artikel 8j der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) anerkannt, jedoch wird nur die Absicht formuliert, ihre Traditionen schützen zu wollen. Viel weitgehender ist da die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker vom Mai 2007: Sie erkennt ihre Ansprüche auf Land, Wasser und Territorium, auf natürliche und genetische Ressourcen sowie auf ihr traditionelles Wissen und ihre Kultur an. Das tut die CBD bisher nicht.

Definitionsmacht, ...

Wenn Indigene und andere KleinbäuerInnen von biologischer Vielfalt reden, meinen sie die Vielfalt der Natur, die ihnen ihre Lebensgrundlage sichert. Wenn Regierungen, WirtschaftsvertreterInnen und WissenschaftlerInnen von biologischer Vielfalt sprechen, sehen sie diese als "genetische Ressource", deren Wert aus dem kommerziellen Potenzial resultiert, das sie für Pharma-, Agrar-, Kosmetik- und

mittlerweile auch Energiekonzerne darstellen. Diese kommerziellen Interessen blockieren seit vielen Jahren erste Schritte einer verbindlichen Umsetzung indigener Rechte innerhalb der CBD.

... Mythen und Interessen

Ganz offensichtlich sind in erster Linie die Aktivitäten der industriellen Landwirtschaft, der Minen, der Holz- und Energiekonzerne für den Verlust von biologischer Vielfalt



Weizen-Ausstellung beim Saatgutmarkt der Saatgut-Tagung in Halle

verantwortlich. Trotzdem wird vielfach der Mythos propagiert, dass vor allem arme Menschen die Umwelt zerstören.

Der Verweis auf den Hunger in der Welt legitimiert dabei oft die negativen Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft auf Mensch und Umwelt. So wird behauptet, industrielle Landwirtschaft erwirtschafte mehr Ertrag pro Hektar als ökologische, und mit ökologischem Anbau könne das Welternährungsproblem nicht angegangen werden. Allerdings hat die Welternährungsorganisation FAO eine Studie veröffentlicht, die das Gegenteil belegt: Ökologische Landwirtschaft hat sehr wohl das Potential, die Ernährung aller Menschen sicherzustellen.

Das Naturschutz-Konzept der CBD zielt auf die Schaffung

von "Erhaltungs-Inseln", wie Naturschutzparks und Genbanken, um - gut kontrollierbar - Biodiversität zu konservieren. Dieser Ansatz legitimiert jedoch das "business as usual", d.h. eine weitere Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt, gemäß dem kapitalistischen Produktions- und Verwertungsmodell.

Ernährungssouveränität

La Via Campesina, eine der weltweit größten Organisationen von KleinbäuerInnen und Indigenen, kämpft für ein alternatives Entwicklungsmodell der Ernährungssouveränität. Darin ist der Schutz der natürlichen Ressourcen Land, Wasser und biologischer Vielfalt untrennbar mit der Praxis der Landwirtschaft verknüpft. Sie basiert auf kleinbäuerlichem, ökologischem Anbau, für den die biologische Vielfalt überlebensnotwendig ist.

Produziert wird vor allem für den Eigenbedarf und für lokale oder regionale Märkte statt für den Export auf dem Weltmarkt.

Zeit zum Umdenken

Ein Wirtschaften nach diesem Modell würde sowohl den Hunger in den ländlichen Regionen dieser Welt bekämpfen, als auch den Verlust von biologischer Vielfalt effektiv bremsen. Zusammen mit kultureller Vielfalt könnte Biodiversität erhalten, weiterentwickelt und gelebt werden. Diesem Anliegen sollten sich auch die CBD-Verhandlungen stellen. In der Diskussion um Agrobiodiversität ist es nötig, die zerstörerischen Folgen kapitalistischer Landwirtschaft anzusprechen und den Blick für andere Konzepte zu öffnen.

Afrikanische Perspektive auf Biopiraterie und COP9

Kooperation statt Blockaden

Das African Centre of Biosafety (ACB) mit Sitz in Johannesburg kämpft seit Jahren gegen Bioprospektion in Afrika. Anne Schweigler von der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie hat mit Mariam Mayet über aktuelle Fälle und Wünsche für die COP9 gesprochen.

Wie warst du und wie war das African Centre of Biosafety (ACB) bisher in die Verhandlungen zu der Biodiversitätskonvention (CBD) und das Thema Biopiraterie involviert?

Ich selbst habe mehrere Jahre zum Thema Biopiraterie gearbeitet. Das ACB hat zusammen mit dem Edmonds Institute eine Studie "Out of Africa: Mysteries of Benefit sharing" herausgebracht. Darin sind 36 Fälle von dubiosen Aneignungen von biologischem und genetischem Material und dem dazugehörigen traditionellen Wissen dokumentiert. Seit einigen Jahren verfolge ich auch den Prozess um das Biosicherheitsprotokoll und die Diskussion um den "Zugang und Vorteilsausgleich zu genetischen Ressourcen" (Access and Benefit Sharing, ABS). Ich war in Südafrika z.T. mit an der Ausarbeitung eines ABS-Regelwerks beteiligt. Es soll den Diebstahl von biologischen und genetischen Ressourcen und traditionellem

Wissen in den biodiversitätsreichen Ländern im Süden verhindern. Um diese Biopiraterie zu stoppen, bedürfte es der Kooperation zwischen den Nutzer-Ländern im Norden und den Provider-Ländern im Süden.

Die afrikanischen Staaten haben Patente auf Leben mehrheitlich zurückgewiesen. Nehmen sie nun auch eine gemeinsame Position bei der Diskussion über Herkunftsangaben bei Patentierungen ein?

Ja! Bei der Diskussion um die Herkunftsangabe geht es darum, ein Verfahren zu entwickeln, damit bei der Patentanmeldung die Herkunft und die Quelle der genetischen Ressource und des traditionellen Wissens angegeben werden muss. Diese Ressourcen sind vor allem für Kosmetik-, Pharma-, und Biotech-Konzerne interessant, um daraus Produkte herzustellen und sie zu verkaufen. Nur mit einem Herkunftszertifikat kann überprüft werden, ob es z.B. ein ABS-Abkommen zwischen der patentanmeldenden Firma und dem entsprechenden Land oder den traditionellen Heilern gibt. Die sogenannten Megadiversitätsländer unterstützen diese Forderung auch.

Wie würdest du die "COP-Treffen" beschreiben?

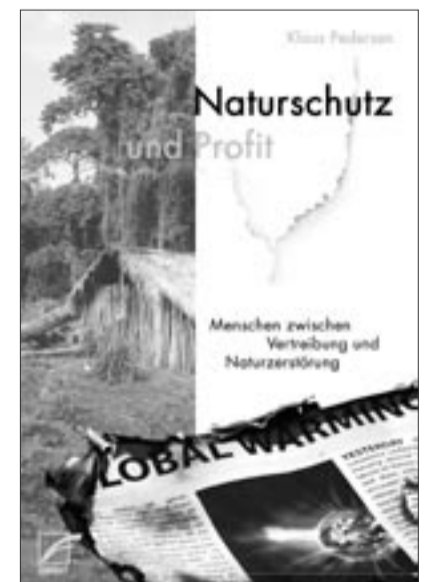
Sehr befremdlich. Die Verhandlungen

haben sehr wenig mit dem wirklichen Leben zu tun. Außerdem vergeht extrem viel Zeit, bis die wirklichen Verhandlungen beginnen. Bestimmte Länder kommen immer ohne Verhandlungsmandat oder nur mit der Aufgabe die Verhandlungen zu blockieren. Zu diesen Ländern gehören fast immer Australien, Kanada, die USA und Japan, manchmal unterstützt durch einige lateinamerikanische Länder. Das macht den Prozess extrem frustrierend. Es braucht viele Jahre und viele CO2-Emissionen und eine Verschwendung von Ressourcen, bevor man zu einer Einigung kommt. Und dann kommt fast immer ein sehr verwässerter Abkommenstext dabei heraus; der letztendlich erzielte Konsens schützt die kommerziellen Interessen der starken Nationen und ihrer Konzerne.

Hast du einen Wunsch für die COP9?

Den politischen Willen zu einem Konsens, der den Armen dieser Welt zugute kommt, ihre Biodiversität und traditionelles Wissen schützt. Als erste Priorität die Zukunft der Welt zu setzen und eben nicht die COP zu benutzen, um den Profit der multinationalen Konzerne abzusichern. Ich glaube, wir brauchen eine neue Kultur für internationale Verhandlungen. Aufbauend auf egalitäreren Werten, damit nicht ein

Land den Konsens der internationalen Gemeinschaft blockieren kann. Spielregeln dieser Verhandlungen sollten auch auf einer guten Dosis Realismus basieren, größerer Transparenz und Partizipation der Zivilgesellschaft.



Buchtipps 2 zur COP:

Naturschutz und Profit von Klaus Pedersen. Menschen zwischen Vertreibung und Naturzerstörung. Verstörendes um fragwürdige Naturschutzkonzepte und die Rolle der NGOs. Unrast-Verlag 2008



Buchtipps 1 zur COP:

Grüne Beute - Biopiraterie und Widerstand Wer sind die Biopiraten und wie gehen sie vor? Beispiele, rechtliche Zusammenhänge und politische Hintergründe, dazu: Möglichkeiten für das eigene Handeln. 160 Seiten, Trotzdem-Verlag 2005. 12 Euro. Über den Buchhandel oder den Coupon am Ende der Zeitung bestellen!

Naturschutzgebiete

Vertreibung im Namen des Pandabären

Schutzgebiete, Nationalparks und Biosphärenreservate beanspruchen inzwischen knapp 13% der globalen Landfläche. Doch dabei geht es vielfach nicht um den Schutz „unberührter Natur“. Den gibt es kaum, denn in der Vergangenheit waren diese heutigen Schutzgebiete keineswegs menschenleere Räume.

Nach Berechnungen des amerikanischen Soziologieprofessors Charles Geisler wurden allein in Afrika 14 Millionen Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt, um Platz für Naturschutzgebiete zu schaffen.

Vertreibung und Enteignung

Der in Kamerun lebende deutsche Soziologe Kai Schmidt-Soltau analysierte die Situation in 15 zentralafrikanischen Schutzgebieten, die er zwischen 1996 und 2004 besuchte. Die Schutzgebiete erstrecken sich über ein Gesamtareal von über 41.000 km² (mehr als Hessen und Thüringen zusammen). Keines der Schutzgebiete hatte ein Integrationsprogramm für die örtliche Bevölkerung vorgesehen. Nur zwei verfügten über ein reguläres Umsiedlungsprogramm. Bei vielen anderen wurden die dort lebenden

Menschen einfach vertrieben.

Im Mai 2006 publizierte die Global Environmental Facility (GEF), die Biodiversitätsabteilung der Weltbank, eine Selbstanalyse. Darin wird eingestanden, dass es bei den Projekten zum Biodiversitätsschutz eine „einseitige Orientierung auf Schutzgebiete“ gab und dass die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen für die dort ursprünglich lebenden Menschen ungenügend berücksichtigt wurden.

Hauptsache, hier ändert sich nichts?





Neben dem mit den Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen verbundenen menschlichen Leid besteht der Skandal darin, dass Naturschutzgebiete in den Ländern des Südens letztendlich geschaffen werden, um in den Industriestaaten keine gesellschaftlichen Veränderungen vornehmen zu müssen. Naturschutzgebiete sind gewissermaßen globale Ausgleichsflächen für naturzerstörerisches kapitalistisches Wirtschaften.

Ein ähnliches Phänomen gibt es bei der Finanzierung von „Naturschutz“ durch den Emissionshandel, den auch führende deutsche Nichtregie-

rungsorganisationen befürworten. Wer meint, tropischen Naturschutz fordern zu können, sollte zunächst kapitalistische Naturzerstörung in Nord und Süd bekämpfen, deren Akteure beim Namen nennen und sich der Folgen der Ausweisung von „Schutzgebieten“ bewusst sein. Vielleicht käme dann manche Organisation darauf, lieber eine drastische Reduzierung des Massengütertransports einzufordern als auf die Einrichtung ferner Schutzgebiete zu bestehen, die immer wieder mit der Vertreibung bzw. Zwangsumsiedlung armer Bevölkerungsgruppen verbunden sein werden.



Vi von zwölf dokumentierten Beispielen aus Zentralafrika (Quelle: Schmidt-Soltau 2005):

-  ▶ **Dja-Bio.-Reservat in Kamerun - 5260 Quadratkilometer: 7800 Menschen sind von Vertreibung und Enteignung betroffen. Keine Entschädigung. Durchführende Organisation: EU-Programm Ecofac**
-  ▶ **Der Nationalpark Bouma Beck in Kamerun - 2380 Quadratkilometer: 4.000 Menschen sind von Vertreibung und Enteignung betroffen. Nur teilweise Entschädigungen (aber keine für die Pygmäen, die vertrieben wurden). Beteiligte NGO: WWF.**
-  ▶ **Der Nationalpark Nsoc in Äquatorial Guinea - 5150 Quadratkilometer: 10.000 Menschen sind von Vertreibung und Enteignung betroffen. Keine Entschädigung. Durchführende Organisation: EU-Programm Ecofac.**
-  ▶ **Der Moukalaba Doudou Nationalpark in Gabun - 4500 Quadratkilometer: 8.000 Menschen sind von Vertreibungen und Enteignungen betroffen und wurden nur teilweise entschädigt. Beteiligte NGO: WWF.**

Moppen gegen Gentechnik?

MOP4 ist kein verbessertes Reinigungsgerät, sondern die Abkürzung für das 4. Treffen der Mitgliedsstaaten (Meeting of Parties) des Cartagena-Protokolls über die biologische Sicherheit, das vom 12. bis 16. Mai im Maritimhotel in Bonn, direkt vor der eigentlichen CBD-Konferenz, stattfinden wird.

Das „Cartagena Protokoll on Biosafety“ ist ein wichtiges, völkerrechtlich verbindliches Dokument zur Regulierung von Gentechnik. In gewissem Rahmen sieht es ein Recht vor, aus Gründen der Vorsorge die Einfuhr von gentechnisch veränderten Organismen einzuschränken. Es schlägt vor, wie bei einem Export-Vorhaben Risiken von gentechnisch manipulierten Organismen (GMO) bewertet, Verbote ausgesprochen oder die Kennzeichnungspflicht bei lebendigen (also meist: keimfähigen)

Organismen gestaltet werden können. Das Vorsorgeprinzip ist der zentrale Mechanismus, der den Staaten bleibt, wenn sie gentechnisch veränderte Organismen nicht einführen wollen.

Wer genauer hinsieht, findet viele Hinweise darauf, wie mühsam die Verhandlungen schon vor der Verabschiedung des Protokolls waren und wie schwierig es heute noch weitergeht. Unter anderem

verzichtet der Vertrag durchgängig auf die Reizwörter Gentechnik oder GMO und spricht statt dessen nur von Biotechnologie. In Bonn stehen zum wiederholten Mal die bislang ungeklärten Fragen der Haftungsregelung auf der Tagesordnung. Inzwischen wird das Protokoll weltweit umgesetzt, so dass viele konkrete Konflikte eher zwischen einzelnen Ländern ausbrechen und nicht mehr Thema der MOP sind.

Planet diversity – Der Kongress
Internationaler Vielfaltskongress als Alternativkonferenz zur MOP
12.-16. Mai 2008 in Bonn

Der „Planet Diversity“-Kongress beginnt mit einer Demonstration und einem „Vielfaltsfest“ am 12. Mai, Pfingstmontag. Neben „Geschichten und Initiativen aus fünf Kontinenten“ geht es in den kommenden Tagen um Märkte und Technologien, die Absage an gentechnisch veränderte Lebensmittel, um Strategien, Konzepte und Perspektiven. Veranstaltet wird der Kongress u.a. von der AbL, dem EED, GENET und der Zukunftsstiftung Landwirtschaft.
Mehr Informationen: www.planet-diversity.org

Dokumentation der Saatgut-Tagung erschienen:

Kulturpflanzenvielfalt für alle!

Unter diesem Motto stand die 3. Europäische Saatgut-Tagung, die die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie zusammen mit dem Europäischen BürgerInnen-Forum und der IG Saatgut im letzten Jahr in Halle/Saale veranstaltet hatte. 130 TeilnehmerInnen aus 18 Ländern hatten zwei Tage engagiert diskutiert und ein europäisches Saatgut-Netzwerk vorangebracht. Nun ist die Dokumentation dieser Tagung erschienen, mit Zusammenfassungen aller Podien und Workshops sowie der Abschlusserklärung und der Gründungserklärung des Weizen-Notkomitees, auch die teilnehmenden Organisationen sind verzeichnet.



Saatgutmarkt zum Abschluss der Tagung

Die Dokumentation kann bestellt werden

und steht auch in Auszügen unter www.biopiraterie.de, Kampagnenschwerpunkt „Saatgut-Erhaltung“ zum Download zur Verfügung.

Umweltminister Sigmar Gabriel betont gerne, dass zu der großen „UN-Naturschutzkonferenz“ über 5.000 RegierungsvertreterInnen aus aller Welt kommen werden. Doch wer wird in Bonn eigentlich mitmischen?

Der offizielle Part

Die Gastgeber werden VertreterInnen aus nahezu allen 189 Vertragsstaaten der CBD begrüßen können. Neben der EU-Kommission treten auch die USA auf, obwohl sie die Konvention über biologische Vielfalt nicht ratifiziert haben. Die Regierungsvertreter aus der Heimat großen Agrar- und Pharmakonzerns werden aufmerksam die Verhandlungen verfolgen und zusehen, dass ihre Interessen nicht zu kurz kommen.

Wie auch bei anderen internationalen Konferenzen entscheiden die finanziellen Möglichkeiten der Vertragsstaaten über Größe und Handlungsfähigkeit ihrer Delegationen. Einige Länder haben sich zu Gruppen zusammen geschlossen, so dass Sprecherinnen der African Group oder der Gruppe der „Megadiverse Countries“ (Länder

mit besonders großer Biodiversität) in Bonn auftreten werden.

Von Seiten der UN ist die UNEP (United Nations Environmental Program) für die CBD verantwortlich. Weitere UN-Organisationen wie die FAO oder die UNESCO werden erwartet.

Kritische BeobachterInnen und Protestierende

Auch werden sehr verschiedene „zivilgesellschaftliche“ Gruppen erwartet. Die indigenen Interessen werden u.a. von dem Internationalen Indigenen Forum zu Biodiversität (IIFB) und dem Indigenen Frauen-Netzwerk zu Biodiversität (IWBN) vertreten.

Entwicklungspolitische Organisationen und „grassroot“-Netzwerkgruppen zu Themen wie globale Landwirtschaft, Biopiraterie oder Gentechnik sehen in der CBD nicht nur den Schutz von Natur verhandelt, sondern auch die Frage, wem sie bzw. die Kontrolle darüber gehört. NGOs wie Greenpeace und der BUND werden auf die Bedeutung und Gefährdung der Biodiversität aufmerksam machen.

Das deutsche „Forum Umwelt und Entwicklung“ und seine Trägerorganisationen sehen sich ebenfalls als Gastgeber und wollen der internationalen Zivilgesellschaft als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Die vom Umweltminister ausgerufenen Naturallianz stellt dagegen eine von oben initiierte Zivilgesellschaft dar.

Bauernorganisationen wie das weltweite Netzwerk La Via Campesina werden mit anderen draußen gegen die COP-Politik protestieren.

Sowie höchst interessierte Kreise

Eine große Zahl von Industrie- und Forschungsvertretern wird ebenfalls dabei sein und versuchen, sich einen möglichst unkomplizierten Zugang zu potentiellen Profit- und Forschungsgegenständen, zu biologischen und genetischen Ressourcen, zu sichern. Daneben werden transnationale Naturschutz-Organisationen wie *The Nature Conservancy* und der WWF anwesend sein, die ihr Geld mit der Betreuung von Naturschutzgebieten und der Werbung für sie verdienen.

** Fortsetzung von Seite 1

die Wüstenapotheke

Solange nur traditionelle HeilerInnen Pelargonium nutzten und immer nur einen Teil der Wurzeln ausgruben, war das Sammeln eingebettet in bestimmte kulturelle Rituale, die letztlich die nachhaltige Nutzung und die Erhaltung dieser wertvollen Ressource in einem sensiblen Ökosystem gewährleisten. Heute werden die Pelargoniumwurzeln tonnenweise gesammelt – in der Regel, ohne der Pflanze einen Teil ihrer Wurzeln zu lassen. Die kommerzielle Nachfrage und die unkontrollierte Ausbeutung der wildwachsenden Pflanze bedrohen mittlerweile ihre Existenz. Versuche, sie auf Feldern anzupflanzen, zeigen nur mäßigen Erfolg. Ihre heilende Wirkung erzielt die Pflanze scheinbar nur bei langsamem Wachstum. Abhilfe könnten nur wirksame Handelsbeschränkungen schaffen.

Es geht ums Geschäft

Die Provinzregierung von Eastern Cape hat das Sammeln der Pelargoniumwurzeln bis auf weiteres verboten und bemüht sich so, die Pflanze vor dem Verschwinden zu retten. Trotzdem geht das illegale Sammeln weiter.

Die traditionellen HeilerInnen wollen ihre Rechte auch auf internationaler Ebene verteidigen und werden dabei von der südafrikanischen Regierung unterstützt, die den Pelargonium-Fall den CBD-Vertragsstaaten vorstellte. Die Forderung: ein Ausgleich für die Nutzung ihrer Ressourcen und ihres Wissens.

Selbst ein Erfolg der HeilerInnen wäre zweischneidig: eine Gewinnbeteiligung am kommerziellen, privatisierten Nutzen der Pflanzenextrakte würde eben auch Patente auf Leben legitimieren und überdies würde die Ausrottung der Pflanze wahrscheinlicher werden.

Gentechnikfreier Erhalt alter Weizensorten

Weizen-Notkomitee gegründet

Während der europäischen Saatgut-Tagung in Halle/Saale wurde als Antwort auf die Gentechnik-Versuche in der Genbank Gatersleben ein internationales Notkomitee zur gentechnikfreien Erhaltung der Weizenvielfalt gegründet.

Außerdem wurde auf der Tagung festgestellt, dass es für BäuerInnen keinen wirklichen Zugang zu Genbank-Material gibt. Die Saatgutproben sind sehr klein, die Keimfähigkeit häufig schlecht, außerdem gibt es kaum Informationen über Ursprung und Nutzung. Auch diesem Problem kann mit der Überführung von Erhaltung in bäuerliche Hand begegnet werden.

In Bezug auf die anstehenden Konferenzen in Bonn fordert das Notkomitee: „Wir verlangen, dass die bei COP9 und MOP4 Beteiligten

auch die gentechnischen Experimente der Genbank in Gatersleben auf die Tagesordnung setzen. Denn hier wird offenbar versucht, mit diesen Freisetzung in direkter Nähe der größten und bedeutendsten Sammlung alter Kulturpflanzen in Deutschland ein Exempel zu statuieren, dass unabsehbare negative Folgewirkungen auch für Standorte von Genbanken in anderen Ländern haben kann.“

Wenn der Staat seinen Aufgaben nicht nachkommt und die gentechnikfreie Erhaltung von Saatgut in Genbanken nicht mehr garantiert werden kann, so sind Basisgruppen genötigt, selbst Verantwortung zu übernehmen und bedrohte Pflanzen aus der Genbank herauszuholen.

Mittlerweile wurde etliche Hundert Sorten Winter- und Sommerweizen an engagierte ErhalterInnen verschickt

Biopiraterie und Partnerschaftsabkommen mit Afrika

EPAs: Wir machen den Weg frei...

Die Förderung des freien Welthandels hat sich nicht nur die Welthandelsorganisation (WTO) auf die Fahnen geschrieben. Auch die Europäische Union strebt im Rahmen vieler Handelsabkommen an, sich neue Märkte zu eröffnen.

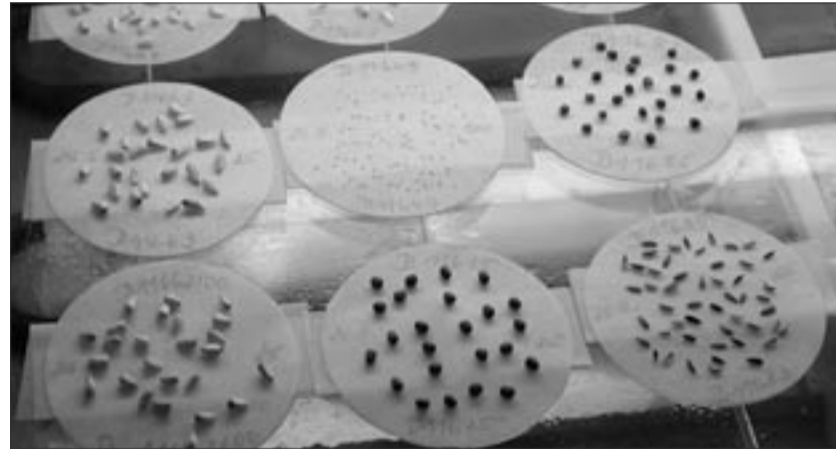
Aktuell verhandelt sie mit ihren ehemaligen Kolonien, den in Afrika, in der Karibik und im Pazifik gelegenen 78 AKP-Staaten über Freihandelsabkommen, die sogenannten Economic Partnership Agreements (EPAs). Ziel der Verhandlungen ist eine umfassende Handelsliberalisierung.

bis hin zur konservativen Fraktion des Europaparlaments und zur Weltbank reicht, hat die Generaldirektion Handel in letzter Minute einen Strategiewechsel vollzogen: Im Dezember wurden Interimsabkommen vereinbart, die „nur“ eine wechselseitige Handelsliberalisierung vorsehen. In allen Abkommen ist jedoch festgelegt, dass die Verhandlungen 2008 weitergehen sollen. Entwicklungshilfegelder werden dabei als Druckmittel dienen, wenn einzelne Staaten nicht genug Verhandlungsbereitschaft an den Tag legen. Bis zum Dezember 2007 hatten 22 Staaten diese Interimsabkommen

lich verloren. Die Häfen der AKP-Staaten werden damit noch weiter für die europäischen Überschüsse an Geflügel, Tomaten, Rindfleisch und Zucker geöffnet.

EPAs und CBD – eine verhängnisvolle Kombination

Das „große Spiel“ um Afrikas Ressourcen wird auch in diesem Jahr weitergespielt. Allerdings mit einigen neuen Spielregeln: Nachdem mit den Interimsabkommen die Forderungen der WTO erfüllt sind, werden nun Europas geostrategische Interessen in Afrika im Mittelpunkt stehen. In den Worten des EU-Entwicklungskommissars Louis Michel: „Afrika ist ein neues großes Schachbrett geworden, auf dem sich die Mächte bewegen, die die Geopolitik dieser Welt bestimmen.“ Doch dabei geht es nicht nur um westafrikanisches Öl, kongolesische Diamanten oder Bauxit. Auch die biologische Vielfalt ist eine Ressource, die es noch effektiver zu erschließen gilt und die EPAs sind der Schlüssel dazu. Sie und die Konvention über biologische Vielfalt (CBD) stehen dabei nicht im Widerspruch. Ganz im Gegenteil: Das EPA zwischen der EU und der Karibik erkennt ausdrücklich die Inhalte der CBD an. Patente auf Leben und Naturschutz sollen sich, so die Aussage des Vertragstextes, gegenseitig unterstützen. Einmal mehr zeigt sich, dass der starke Fokus auf Naturschutz, der die CBD und ihre Nachfolgekonferenzen prägt, problematisch ist. Er ist ein Einfallstor, durch das der Zugriff auf Natur und ihre Inwertsetzung legitimiert wird. Noch lassen sich die EPAs stoppen. In Senegal, Ghana und Nigeria haben sich in den letzten Monaten breite Protestinitiativen gebildet. Die Auseinandersetzungen um die EPAs haben mit den Interimsabkommen also nicht an Brisanz verloren, es ist wichtiger denn je, sich der rücksichtslosen EU-Strategie entgegen zu stellen.



Petrischalen mit Saatgut

Dabei sollen nicht nur Zölle und Einfuhrquoten abgebaut werden, sondern auch staatliche Eingriffe in die Wirtschaft verboten, viele Sozial- und Umweltstandards abgebaut und strikte geistige Eigentumsrechte eingeführt werden.

Gier nach Monopolrechten

Die EU-Verhandlungsführer spekulieren darauf, dadurch die AKP-Staaten für Investitionen europäischer Unternehmen attraktiver zu machen. Viele AKP-Staaten haben das TRIPS-Abkommen über Geistige Eigentumsrechte der WTO bisher nicht umgesetzt. Die EPAs sind nun ein neuer Versuch, in vielen Ländern der Erde Patente auf tierische, pflanzliche und menschliche Gene einzuführen und sie zur Umsetzung des internationalen Abkommens über Sortenschutz an Pflanzenzüchtungen (UPOV) von 1991 zu zwingen. Das würde einen strikten Rechtsschutz auf landwirtschaftliche Nutzpflanzensorten bedeuten, der das Recht der Bauern und Bäuerinnen erheblich einschränkt, ihr selbstproduziertes Saatgut auszusäen.

Neue Runde für Verhandlungen und Proteste

Trotz aller Druckmittel ist es der EU bisher nicht gelungen, ihre Interessen vollständig durchzusetzen. Viele AKP-Staaten haben sich den EU-Wünschen zu geistigen Eigentumsrechten, Liberalisierung von Dienstleistungen oder dem öffentlichen Beschaffungswesen verweigert. Angesichts dessen und angesichts einer Kritik am strikten Liberalisierungskurs der EPAs, die

unterzeichnet, darunter fast alle Staaten des östlichen und südlichen Afrikas. Die vierzehn Staaten der Karibik-Region haben sogar ein vollständiges EPA unterzeichnet. Viele west- und zentralafrikanische Staaten, darunter Nigeria und Senegal, lehnen dies weiterhin ab. Alle Abkommen sehen vor, innerhalb der nächsten zwanzig Jahre die Handelspolitik zu liberalisieren. Dramatisch ist die Situation für die ostafrikanischen Staaten sowie für die Staaten Botswana, Swasiland, Namibia und Lesotho. Besonders fatal ist das aufgenommene Verbot, jemals wieder Zölle oder Quoten einzuführen. Damit geht ein wichtiges staatliches Steuerungsinstrument unwiederbring-

+ Termine +++ Termine +++ Termine +

14.4.2008 Ravensburg

Vortrag im "Rhizom": Agrotreibstoffe der ultimative Angriff auf die Ernährungssicherheit. Mit Biotreibstoffen in die Ökodikatur?

14.4.2008 Bonn

COP9/MOP4 Vorbereitungstreffen. Menschen, die Lust auf Straßenaktion und/oder Medienarbeit während der COP/MOP in einer kritisch-emanzipativen Gruppe haben, sind herzlich willkommen. Infos unter info@biopiraterie.de

17.4.2008 weltweit

Internationaler Aktionstag von La Via Campesina; Aktionen z.B. in Basel und Berlin. www.viacampesina.org/

9.-12.5.2008 Dortmund

BUKO unter dem Motto: "Dabei sein ist alles?" Kämpfe für Selbstbestimmung und gegen globale Ausschlüsse. www.buko.info

12.5.2008 Bonn

Demo unter dem Motto: „Für biologische Vielfalt: regional, fair und gentechnikfrei“ und Festival der biologischen Vielfalt in Bonn. www.planet-diversity.org

12.-16.5.2008 Bonn

Planet Diversity - "Gegengipfel" zu den Verhandlungen der MOP4. www.planet-diversity.org
parallel: Wissenschaftliche Vorkonferenz: Biodiversity Research – Safeguarding the Future. www.precop9.org

16.-19.5.2008 Bonn

Aktionswochenende mit Via Campesina und anderen Gruppen

17.-18.5.2008 Bonn

NGO-Strategiekonferenz für die COP 9 in Bonn. www.biodiv-network.de

12.-30.5.2008 Bonn

Die BUKO Kampagne gegen Biopiraterie ist in Bonn aktiv und freut sich über MitstreiterInnen. Kontakt über info@biopiraterie.de

21.-25.5.2008 Heidelberg

Attac Aktionsakademie: Klettern, Samba, Aktions-Strategien lernen und vieles mehr. Mit Aktion in Mannheim! www.attac.de

Rückmeldecoupon

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Mehr Zeitungen:

- Ich unterstütze Euch, indem ich den Kaperbrief verteile!
Bitte schickt mir Ex. dieser Ausgabe (Pakete unfrei)
- Schickt mir bitte Ex. des Kaperbrief 9 (April 2007)
- Schickt mir bitte Ex. des Kaperbrief 8 (Okt 2006)

Informiert sein und mitmachen – vieles ist möglich!

- Bitte schickt mir ____ Exemplar(e) des Buches „Grüne Beute - Biopiraterie und Widerstand“, Trotzdem-Verlag, 12,- Euro plus Porto.
- Schickt mir ____ Stück der Dokumentation zur Vielfaltstagung 2007 in Halle (3 Euro plus Porto).
- Ich möchte in meiner Stadt eine Veranstaltung zu Biopiraterie machen und könnte ReferentInnen brauchen. Bitte meldet Euch!
- Nehmt mich auf in den Info-E-mail-Verteiler der Kampagne (kostenlos, max. 1-2 Mails/Monat)

Die Kampagne unterstützen

- Ich spende Euch für die Weiterarbeit gegen Biopiraterie _____ EUR auf das Konto „BUKO - VzF e.V.“, Kto.-Nr. 234 389, bei der Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel, BLZ 210 602 37. Stichwort „Biopiratenkampagne“

Rückmeldecoupon bitte per Brief oder Fax an:

BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie, c/o Infobüro Nicaragua, Deweerthstraße 8, 42107 Wuppertal, Fax: 0202/31 43 46
Oder einfach Eure Botschaft an: info@biopiraterie.de

Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie...

...ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Einzelpersonen und Organisationen und arbeitet im Rahmen der „Bundeskoordination Internationalismus“ (BUKO). In der BUKO sind über 150 Gruppen mit internationalistischem Anspruch vernetzt. Die Kampagne will Widerstand gegen Biopiraterie aufbauen und gesellschaftliche Alternativen diskutieren und unterstützen. Konkrete Biopirateriefälle nehmen wir zum Anlass, in Absprache mit den Betroffenen an die Öffentlichkeit zu gehen. Mit Aktionen, Protest und juristischen Mitteln versuchen wir, Patente zu kippen und an den Abkommen zu rütteln, die Biopiraterie begünstigen. Mit dieser Zeitung bringen wir den zehnten Kaperbrief heraus. Die Kampagne lebt von der Beteiligung vieler Menschen. Wir freuen uns immer über weitere MitstreiterInnen. Unsere Homepage (www.biopiraterie.de) informiert aktuell und ausführlich. Während der Konferenzen im Mai sind wir auf der Demo am 12. Mai mit unserem Patentmonster dabei - aber nicht nur! Unser Anlaufpunkt wird das Oscar-Romero-Haus (Heerstr. 205) sein – dort könnt ihr uns leicht finden und ansprechen. Unser nächstes Seminar findet voraussichtlich im Herbst statt.

Unterstützt unsere Arbeit!

Spenden und Zuschüsse ermöglichen Publikationen, Bildungsarbeit und einen wirksamen Protest gegen Patente auf Leben und Biopiraterie. Wir freuen uns über jede Spende – Spendenquittungen können ausgestellt werden.
 Konto: „BUKO-VzF e.V.“, Kto.-Nr. 234 389, bei der Ev. Darlehensgen. Kiel, BLZ 210 602 37, Stichwort: „Biopiraterie“



Dabei sein ist alles?
 Kämpfe für Selbstbestimmung und gegen globale Ausschlüsse
BUKO31 - Kongress
9.-12.05.08
 Uni Dortmund, Campus Nord
 Anmeldung und weitere Informationen unter:
www.buko.info

Der Kampf um Teilhabe ist das Thema des diesjährigen Kongresses der Bundeskoordination Internationalismus. Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie wird auf dem Kongress Workshops und Seminare zu den bevorstehenden Konferenzen anbieten. Am Freitagnachmittag wird es einen Einführungsworkshop Biopiraterie geben – für alle diejeni-

gen, die schnell Einblick ins Thema erhalten wollen. Für Samstag planen wir 2-3 Veranstaltungen mit Gästen aus Asien, mitgestaltet von der indischen Organisation Thanal. Es soll um die Bedeutung traditionellen Wissens, die Kritik an den Vorteilsausgleichs-abkommen der CBD sowie um die Bedeutung des Konzeptes der Gemeinschaftsgüter gehen.

Impressum

Herausgegeben von der BUKO Kampagne gegen Biopiraterie
Redaktion: Andreas Riekeberg, Anne Schweigler, Christiane Gerstetter, Franziska Müller, Gregor Kaiser, Klaus Pedersen, Jutta Sundermann (V.i.S.d.P.) und Tina Stahl
Fotos: S. 1: Umbruch-Bildarchiv, S. 2 und 3: Susanne Gura
Redaktionsadresse: Infobüro Nicaragua, Deweerthstraße 8, 42107 Wuppertal, 0202/30 00 30, info@biopiraterie.de, www.biopiraterie.de
Unterstützt von: Oscar-Romero-Haus Bonn e.V., Eine Welt e.V. Greifswald, Bonner AK gegen Gentechnologie, Weltladen Bonn, Informationsstelle Lateinamerika
 Diese Ausgabe des Kaperbriefs wird gefördert durch: Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), die Stiftung Umverteilen, Misereor, Aktion Selbstbestimmung und das Inwent Aktionsgruppenprogramm.
 Der „Kaperbrief“ gibt nicht unbedingt die Meinung der Förderer wieder.
Copyright: Bitte vervielfältigt die Artikel und verbreitet sie mit Quellenangabe.